

# Konfliktträchtige Einheit

## Das Projekt Europa in Zeiten des Ukrainekriegs

---

Der Plan der Europäischen Union, bis zur vollständigen Umstellung ihrer Ökonomie auf erneuerbare Energien billiges Gas aus Russland zu beziehen, wurde mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine hinfällig. Die Handelsbeziehungen, insbesondere die Liefermengen von Gas und Öl, wurden radikal heruntergefahren. Das gefährdete nicht nur die unmittelbare Energieversorgung in den EU-Staaten, sondern auch die Übergangsstrategie bis zum Erreichen der Klimaneutralität. Die Versuche der Länder, angesichts der Energiekrise Lösungen zum Schutz der jeweils eigenen Wirtschaft zu finden, gehen potenziell zulasten der anderen EU-Partner und erhöhen das Konfliktpotenzial innerhalb der Europäischen Union.

*Nathan Weis und Peter Schadt*

Schon unter Bundeskanzlerin Merkel, nämlich spätestens seit dem „Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050“ verfolgt Deutschland das Ziel der Dekarbonisierung aller Industriezweige und – das Stichwort ist hier Energiesystemwende – die vollständige Versorgung seiner Wirtschaft mit erneuerbaren Energien. Im Juni 2021 beschloss der Bundestag das Erreichen der Klimaneutralität bereits zum Jahr 2045.

Bis zur vollständigen Umsetzung dieses Plans, so die damalige Kalkulation, sollte der deutsche Wirtschaftsstandort seinen Energiebedarf unter anderem mit billigem Gas aus Russland decken. Diese auch „Brückentechnologie“ genannte Übergangslösung war von Deutschland nicht nur zur kostengünstigen nationalen Eigenversorgung, sondern auch zur Weiterverteilung innerhalb Europas vorgesehen. Bereits frühzeitig

hatte die EU-Kommission dafür gesorgt, dass russische Lieferanten wie Gazprom in die Lieferverträge keinerlei Beschränkungen für den Weiterverkauf des Gases einschrieben und auf Gewinnbeteiligungen am Weiterverkauf verzichteten. Damit konnte die EU darauf bauen, dass sie einen profitablen Markt darstellte und für Russland als Abnehmer unersetzlich sein würde. Deutschland hatte sich damit als Hauptabnehmer russischen Gases zur zentralen Verteilerstation des Rohstoffs in der EU gemacht und Gazprom auf die Rolle eines Logistiklers reduziert, der den Weiterverkauf von Gas organisierte, ohne selbst davon zu profitieren.

Diese Kalkulation wurde nach dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 neu bewertet. Die Position der Stärke, sich und anderen europäischen Ländern den Zugriff auf kostengünstiges russisches Gas sichern und dessen Weiterverkauf in Europa organisieren

zu können, wurde mit Beginn des Ukrainekriegs von der deutschen Regierung als Schwäche und Abhängigkeit begriffen, die es schnellstmöglich abzustellen galt. Die bisherige Handelsbeziehung zu Russland, die nach der Logik des Mark-

## „Die Handelsbeziehung zu Russland, die nach der Logik des Marktes beide Seiten begünstigte, wurde fortan als Instrument gegen Russland eingesetzt“

tes beide Seiten begünstigte, wurde fortan als Instrument gegen Russland eingesetzt. Während es bisher darum ging, Gasmengen zu sichern und auszubauen, griff die Bundesregierung nun zum Mittel der Reduzierung der Gasmengen, um die russische Wirtschaft zu schädigen. In Kombination mit anderen wirtschafts- und finanzpolitischen Sanktionen, die, in den Worten von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock, „Russland ruinieren“ und, wie EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen es formulierte, „Stück für Stück die industrielle Basis Russlands abtragen“ sollten, ist die von der Bundesregierung geforderte Verringerung der Abhängigkeiten von Russland Bestandteil



**Peter Schadt** forscht an der Universität Tübingen und ist dort Lehrbeauftragter am Institut für Sozialwissenschaften. Zu seinen Fachgebieten gehören Digitalisierungsprozesse in der Wirtschaft sowie die Transformation der Sozialen Arbeit. Er ist zudem Autor und Gewerkschaftssekretär.  
[peter.schadt@dgb.de](mailto:peter.schadt@dgb.de)

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.



**Nathan Weis** ist Stipendiat im Promotionskolleg „Gute Arbeit in einer transformativen Welt“ und wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion. In seiner Dissertation beschäftigt er sich mit Digitalisierung und Elektrifizierung der Automobilindustrie mit einem Schwerpunkt auf regionalen Dynamiken. [nathan.weis@wzb.eu](mailto:nathan.weis@wzb.eu)

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

des aktuellen Wirtschaftskriegs. Diesem Bekenntnis zum ökonomischen Angriff folgten seither zehn Sanktionspakete.

Die Politik der antizipierten Schädigung der russischen Volkswirtschaft hat jedoch auch ihre Kehrseiten für die Europäische Union. Denn so sehr sie sich durch die Sanktionsbeschlüsse als entschlossene weltpolitische Akteurin unter Beweis stellt, so sehr verstärken sich seitdem auch die ohnehin vorhandenen Unstimmigkeiten zwischen den Mitgliedsstaaten. Dies zeigt sich sowohl bei der Sanktionspolitik selbst als auch bei der Bewältigung der daraus resultierenden Energiekrise.

Die Wirtschaftssanktionen zur Schwächung Russlands bedeuten den Abbau der Handelsbeziehungen, die die europäischen Länder mit Russland aufgebaut haben. Die Sanktionen haben also die Kehrseite, dass sie gleichzeitig der eigenen Wirtschaftstätigkeit schaden. Dies ist der erste grundlegende Konflikt, mit der die sanktionierenden Staaten umzugehen haben. Sie treffen die Sanktionen im Wissen, dass diese für sie selbst Einschränkungen zur Folge haben werden, und unter der schwierigen Abwägung der Frage, welche und wie viele Einbußen sie ihrer Wirtschaft und Bevölkerung wie lange zumuten können.

Damit die Sanktionen eine möglichst große Wirkung erzielen, der russischen Wirtschaft also

EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola begrüßt den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj am 9. Februar 2023 in Brüssel. Auch ein knappes Jahr nach dem russischen Überfall auf die Ukraine steht Europa zur Ukraine – und zusammen.  
Foto: © Eric Vidal/REA/laif, alle Rechte vorbehalten.



Европейски парламент  
Parlamento Europeo  
Evropský parlament  
Europa-Parlamentet  
Europäisches Parlament  
Euroopa Parlament  
Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο  
European Parliament  
Parlement européen  
Parlaimint na hEorpa  
Europski parlament  
Parlamento europeo  
Eiropas Parlaments  
Europos Parlamentas  
Európai Parlament  
Parlament Evropew  
Europees Parlement  
Parlament Europejski  
Parlamento Europeu  
Parlamentul European  
Európsky parlament  
Evropski parlament  
Euroopan parlamentti  
parlamentet



möglichst viele Geschäftsmöglichkeiten entzogen werden, braucht es eine gemeinsame Sanktionspolitik, darüber waren und sind sich die westlichen Staaten grundsätzlich einig. Doch es

**„Es gibt eine Konkurrenz innerhalb der EU, wenn es den einzelnen Mitgliedsländern darum geht, den eigenen Standort möglichst zu verschonen und die negativen Folgen eher bei den Partnern anfallen zu lassen“**

ergibt sich daraus ein zweiter Konflikt: Die Sanktionen wirken sich sehr unterschiedlich auf die einzelnen Staaten aus. Die Forderung nach Geschlossenheit in der Sanktionspolitik berührt also die Konkurrenz innerhalb der EU, wenn es den einzelnen Mitgliedsländern gleichzeitig darum geht, den eigenen Standort möglichst zu verschonen und die negativen Folgen eher bei den anderen Partnern anfallen zu lassen. Dies lässt sich an den Auseinandersetzungen studieren, die das Schnüren der einzelnen Sanktionspakete begleiteten. Sie betreffen die unterschiedlichsten wirtschaftlichen Bereiche, von Produktion und Warenverkauf bis zu Finanzgeschäften.

Gerade im Rohstoffreichtum Russlands sahen die europäischen Staaten ein geeignetes Feld für Sanktionen. So wurde ein Embargo auf die Einfuhr russischen Öls über den Seeweg beschlossen; besonders auf russisches Erdöl angewiesene Länder wie Ungarn konnten jedoch eine Ausnahme für Lieferungen über Pipelines durchsetzen. Bei der Preisobergrenze für russisches Öl plädierten Polen und die baltischen Staaten auf einen Preis von 30 bis maximal 40 Dollar pro Barrel, um möglichst große finanzielle Schäden anzurichten. Da es aber gleichzeitig zu verhindern galt, dass Russland die Öllieferungen ganz einstellte, wurde die Obergrenze auf 60 Dollar pro Barrel festgelegt.

So legten die europäischen Staaten bei der gemeinsam betriebenen Sanktionspolitik jeweils unterschiedliche Maßstäbe bezüglich der auf russischer Seite zu erzielenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwächung an. In die-

sem Punkt sorgte auch der französische Präsident Macron vor allem in Deutschland und Osteuropa immer wieder für Irritation mit seiner Forderung, man dürfe Russland nicht zu sehr schädigen und müsse Sicherheitsgarantien geben. Gleichzeitig witterten andere Mitgliedsstaaten Chancen für ihre nationalen Handelsbilanzen. So transportierten Reeder in Griechenland seit Kriegsbeginn russisches Öl im Wert von 17,3 Milliarden Dollar. Die Schiffseigner erwarteten durch die Embargos auf russisches Öl und den Preisdeckel eine deutliche Gewinnsteigerung, und die Frankfurter Allgemeine Zeitung mutmaßte, dass viele griechische Reeder „nicht unbedingt genau hinsehen“ würden, was die Durchsetzung des Boykotts angehe. Das dürfte zukünftig wiederum Deutschland als entscheidende Ordnungsmacht der EU auf den Plan rufen, um dafür zu sorgen, dass die Sanktionsfront gegen Russland geschlossen steht. Dieses Beispiel zeigt die grundsätzliche Konfliktrichtigkeit des europäischen Gemeinschaftsprojekts: Für die Mitgliedsländer soll die Reichweite kollektiver europäischer Macht, an

**„Der jeweilige nationale Nutzen soll mithilfe von Souveränitätsverzicht erreicht werden – ein Widerspruch“**

der sie sich beteiligen, ihrem eigenen nationalen Nutzen dienen. Damit verschärft sich ein Widerspruch, der nicht nur der EU, sondern jeder Staatengemeinschaft innewohnt: dass der nationale Nutzen mithilfe von Souveränitätsverzicht erreicht werden soll.

Die Sanktionspolitik hat bis heute zur Folge, dass große Teile der europäischen Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen werden. Der neuralgische Punkt ist dabei die Energieversorgung, deren Krise durch den russischen Entschluss verschärft wurde, seinerseits die Exporte zu drosseln. Es kam zur veritablen Energiekrise. Energie verteuerte sich, und weil sie notwendiger Teil sämtlicher Produktion ist und die Warenproduzenten die erhöhten Kosten an ihre Kunden weitergeben, stieg das bereits vor der russischen Invasion hohe Preisniveau weiter an. Bei der Bewältigung dieser anhaltenden Krise sind die einzelnen europäischen Staaten nach wie vor sehr unterschiedlich aufgestellt:

Sie verfügen über sehr ungleiche Mittel, um die Schäden von ihren Standorten abzuwenden und sich in Fragen der Energieversorgung kurzfristig alternativ einzudecken und langfristig neu aufzustellen.

Am Beispiel Deutschlands lassen sich diese Ambivalenzen genauer betrachten: Zur Bekämpfung der Inflation setzte Deutschland seine Kreditmacht ein, was ihm seitens der euro-

## „Die deutsche Kreditmacht und ihr Einkauf auf dem Weltmarkt trieben die Preise für die fossilen Energieträger nach oben“

päischen Partner den Vorwurf einbrachte, es rette seine Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten der anderen Standorte, die nicht über vergleichbare Mittel verfügten. Ähnliches war bei der alternativen Energiesicherung zu beobachten: Bei der unmittelbaren Deckung des Energiebedarfs war Deutschland innerhalb kürzester Zeit in der Lage, Gas auf dem Weltmarkt großflächig aufzukaufen und neue Verträge zu schließen. Gleichzeitig schloss es weltweit Partnerschaften für die Gewinnung und Nutzung grüner Energien, insbesondere für Wasserstoff. Einerseits war also die Bundesregierung in Bezug auf den Energieträger nicht wählerisch: Sie bezog aus den USA und Katar Flüssigerdgas (LNG) und ließ die dafür notwendige Terminal-Infrastruktur aufbauen, verlängerte die Laufzeit einiger Atomkraftwerke und weitete den Ausbau des rheinischen Braunkohlereviers aus.

### Literatur

Europäischer Rat: Die EU-Sanktionen gegen Russland im Detail. Ein Überblick. 2022a. Online: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/restrictive-measures-against-russia-over-ukraine/sanctions-against-russia-explained/> (Stand 21.02.2023).

Europäischer Rat: Infografik – Anstieg der Energiepreise seit 2021. 2022b. Online: <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/energy-prices-2021/> (Stand 21.02.2023).

Andererseits bestand sie darauf, dass nichts davon ihren Anspruch auf zukünftige Klimaneutralität im In- und Ausland relativierte. Den deutschen Bedarf nach massenhaft billiger Energie und deren Deckung durch fossile Rohstoffe wollte sie nicht als Widerspruch verstanden wissen: Die fossilen Energien sollen ausgeschöpft werden, um die Transformation zur dekarbonisierten Produktion ökonomisch profitabel zu bewerkstelligen. Jedoch gerieten mit der von Deutschland als kurzfristig betrachteten „Lösung“ der Energiekrise durch Aufkauf von Gas und LNG auf dem Weltmarkt die anderen europäischen Länder unter noch größeren Druck: Die deutsche Kreditmacht und ihr Einkauf auf dem Weltmarkt trieben die Preise für die fossilen Energieträger weiter nach oben.

Die Geschlossenheit der europäischen Haltung gegenüber Russland ist von inneren Gegensätzen zwischen den Mitgliedsstaaten gekennzeichnet. Deutschland hält an seinem Plan fest, die Dekarbonisierung seiner Wirtschaft voranzutreiben. Die Art und Weise, wie dieser Plan umgesetzt wird, stellt andere europäische Länder vor immer größere Herausforderungen. Diese lassen sich nicht nur aus der Energiepolitik erklären, werden durch sie allerdings weiter vorangetrieben. Gleiches gilt für die Sanktionspolitik gegen Russland insgesamt. Es steht zu vermuten, dass die lange Geschichte von politischen Spannungen und Gegensätzen innerhalb der Union auch in naher Zukunft um weitere Kapitel fortgeschrieben wird. Welche Konsequenzen die Gewinner und Verlierer dieser gegensätzlichen Zusammenarbeit ziehen und ob sie es zu weiteren Zerreißproben kommen lassen wollen, bleibt abzuwarten. Sprengpotenzial bieten die innereuropäischen wie weltpolitischen Entwicklungen allemal. ●

Parthie, Sandra: Doppel-Wumms für eine doppelte politische Herausforderung. Notes du Cerfa, Nr. 173, ifri, Dezember 2022. Online: [https://www.ifri.org/sites/default/files/atoms/files/parthie\\_doppel-wumms\\_dez22.pdf](https://www.ifri.org/sites/default/files/atoms/files/parthie_doppel-wumms_dez22.pdf) (Stand 21.02.2023).